

Haben Sie Anregungen oder Anliegen?

Sprechen Sie uns an:

Stadtverordneter

Marcel Schmitt

Martinstr. 32

53177 Bonn

Tel.: 0228-1 84 77 61

Stadtverordneter

Johannes Schott

Haager Weg 17

53127 Bonn

Tel.: 0228-28 98 09 17

Stadtverordnete

Barbara Ingenkamp

Am Helpert 5

53177 Bonn

Tel.: 0228-32 88 66

Stadtverordneter

Bernhard Wimmer

Baumschulallee 33

53115 Bonn

Tel.: 0228-28 94 622

Geschäftsführer

Ingmar Gahm

Rathausgasse 5-7

53111 Bonn

Tel.: 0228-77 54 45

BBB – Ihre Stimme im Stadtrat

www.bbb-im-rat.de

V.i.S.d.P.: **BBB**-Fraktion, Altes Rathaus, Rathausgasse 5-7, 53111 Bonn,
Tel.: 0228-77 54 45, Fax: 0228-77 54 47, e-mail: bbb.fraktion@bonn.de

Spenden an den Verein Bürger Bund Bonn:
Sparkasse KölnBonn IBAN: DE07 3705 0198 0052 0004 37

BBB

Bürger Bund Bonn

Unabhängige Wählergemeinschaft

Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Wir informieren Sie:

Röttgen erhält mit dem Baugebiet „Am Hölder“ neue Nachbarn und neue Straßennamen sowie eine zusätzliche Kindertagesstätte mit vier Gruppen



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Nach Ende der Bautätigkeit im Gebiet „Am Hölder“ werden dort ca. 1.000 neue Röttgener eine neue Heimat gefunden haben. Um die Infrastruktur dem Zuzug neuer Familien anzupassen, hat die Stadt Bonn eines der vier Grundstücke, die ihr im Rahmen der Umliegung zugeteilt worden waren, statt für Geschosswohnungen für den Bau einer Kindertagesstätte mit vier Gruppen vorgesehen. Die Kosten dafür werden ohne Grundstück auf ca. 2,8 Mio. Euro geschätzt. Die notwendigen Mittel sind je zur Hälfte für die Jahre 2016 und 2017 vorgesehen.



Auch neue Straßen und neue Straßennamen erhält Röttgen mit dem neuen Baugebiet. Sie sind nach Frauen benannt, die sich politisch engagiert und besonders für die Gleichberechtigung der Frauen eingesetzt haben:

Hedwig Dransfeld (1871-1925) war Lehrerin und später Schulleiterin. Mit Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium begann sie Kulturwissenschaften in Münster und in Bonn zu studieren. Sie war in der katholischen Frauenbewegung aktiv, deren hauptamtliche Vorsitzende sie 1912 wurde. Politisch wirkte sie ab 1920 als Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei maßgeblich an der neuen Sozialgesetzgebung mit.

Marie Elisabeth Lüders (1878-1966) war 1919 die erste Abgeordnete der DDP in der Nationalversammlung und im späteren Reichstag, dem sie bis 1930 angehörte. Sie wirkte entscheidend daran mit, dass seit 1922 Frauen in Deutschland Richter, Anwalt, Verwaltungsjurist oder Staatsanwalt werden konnten. Von 1953 bis 1961 gehörte Frau Lüders für die FDP dem Deutschen Bundestag an und sorgte für eine gesetzliche Regelung, die die Rechtsstellung deutscher Frauen sicherte, die mit Ausländern verheiratet waren.

Susanne Miller (1915-2008) wurde in Sofia als Tochter eines jüdischen Bankkaufmanns geboren. Nach dem Exil in London lebte sie seit 1951 in Bonn. Hier wirkte sie als Mitarbeiterin von Willi Eichler bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms der SPD („Godesberger Programm“) mit. 1963 wurde sie mit einer Arbeit zur Entwicklung der Parteiprogramme der deutschen Sozialdemokratie promoviert. Bis 1978 war sie Angestellte der *Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien* und veröffentlichte verschiedene Studien und Publikationen zur deutschen Sozialdemokratie.

Frieda Nadig (1897-1970), MdB von 1949-1961, trat bereits mit 19 Jahren der SPD bei. Vor dem Krieg arbeitete sie als Fürsorgerin. 1948 wurde sie in den Parlamentarischen Rat berufen und arbeitete am Entwurf des Grundgesetzes mit. Dort war sie eine engagierte Streiterin für die Gleichberechtigung der Frauen. Während mit Art. 3 die Gleichheit von Männern und Frauen vor dem Gesetz durchgesetzt werden konnte, scheiterte Frau Nadig damals mit ihrer weitergehenden Forderung nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ und der Gleichstellung unehelicher mit ehelichen Kindern.

Elisabeth Schwarzhaupt (1901-1986), engagierte evangelische Christin und promovierte Juristin, war von 1953 bis 1969 für die CDU Mitglied des Deutschen Bundestages. Ihre Ehrung hat die BBB-Fraktion beantragt. Frau Schwarzhaupt war von 1961-1966 als Bundesministerin für Gesundheitswesen die erste Frau, die ein Bundesministerium leitete. Als vehemente Gegnerin des *Stichentscheides in der Ehe*, mit der der Mann bei allen die Ehegatten betreffenden Streitfällen seine Ansicht hätte durchsetzen können, stimmte sie im Rechtsausschuss des Bundestages für den Änderungsantrag der Opposition und sorgte damit für eine Niederlage der damaligen Regierungskoalition. Das „Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“ wurde dann dank ihres Einspruchs am 18. Juni 1957 ohne die Stichentscheids-Klausel verabschiedet.

Hildegard Wegscheider (1871-1953) wurde 1952 für ihr soziales Engagement, ihren Mut und ihre Leistung, die erste Frau Preußens mit Abitur zu werden, mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet. Sie arbeitete im Schuldienst, nach 1909 auch als Oberlehrerin in Bonn. 1919-1921 gehörte sie für die SPD der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung an und war von 1921-1929 Abgeordnete des Preußischen Landtags.

Helene Wessel (1898-1969) war vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten führend in der Zentrums-Partei tätig, für die sie auch im Parlamentarischen Rat an der Erarbeitung des Grundgesetzes mitwirkte. Sie gehörte zu den vier Frauen, die neben den 61 Männern das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland erstellten, das sie selbst in der Schlussabstimmung aber ablehnte. 1949-1952 übernahm sie den Bundesvorsitz des Zentrums und wurde erste Vorsitzende einer Partei in Deutschland. Nach ihrem Parteiaustritt 1952 und einer Zwischenphase bei der GVP war sie von 1957-1969 für die SPD im Deutschen Bundestag.

Ihr
Bürger Bund Bonn
Fraktion im Rat der Stadt Bonn